



Antje Tillmann
Mitglied des Deutschen Bundestages

Pressemitteilung

Berlin, 6. Januar 2010
Redaktion: Alexander Wahsner

Antje Tillmann, MdB
Platz der Republik 1
11011 Berlin
Telefon: +49 30 227-77019
Fax: +49 30 227-76497
antje.tillmann@bundestag.de

Wahlkreisbüro Erfurt:
Brühler Straße 4
99084 Erfurt
Telefon: +49 361 643 19 67
Fax: +49 361 644 78 59
antje.tillmann@wk.bundestag.de

Wahlkreisbüro Weimar:
Erfurter Straße 12
99423 Weimar
Telefon: +49 3643 850 582
Fax: +49 3643 850 585

Mitglied im Finanzausschuss

**Mitglied im
Vermittlungsausschuss**

**Stellv. Mitglied im
Haushaltsausschuss**

An Gehaltslimits für Bankenvorstände nicht rütteln

Die CDU-Finanzexpertin Antje Tillmann hält eine Anhebung der Vorstandsgehälter für Kreditinstitute, die sich unter dem Bankenrettungsschirm (SoFFin) befinden, für nicht vertretbar. Hierzu erklärt Antje Tillmann:

„Meiner Auffassung nach kommt der Vorschlag der Commerzbank, die Gehälter der Vorstände von derzeit 500.000 Euro auf 750.000 Euro zuzüglich variabler Boni zu erhöhen, zur Unzeit. In der derzeitigen wirtschaftlichen Situation ist es dem Steuerzahler mit Recht in keiner Weise zu vermitteln, dass sich Institute, die sich unter seinen Mantel gerettet haben und dazu noch weiterhin erhebliche Verluste schreiben, nun schon wieder höhere Zahlungen genehmigen wollen. Die Argumentation, bislang hochdotierte Vorstände würden sich nach anderen Ämtern umsehen, ist nicht neu und hat uns zusammen mit anderen Faktoren erst in die Lage gebracht, in der wir uns heute befinden.“

Wir haben mittels Rechtsverordnung zum Finanzmarktstabilisierungsgesetz eine eindeutige Regelung getroffen. Der Gedanke ist, dass Unternehmen, die eine Mitverantwortung für die derzeitige Krise tragen, auch ihren Beitrag zur eigenen Gesundung beizusteuern haben, wenn sie Staatshilfe in Anspruch nehmen. Der Bundesfinanzminister macht das Fallenlassen des Limits für die Commerzbank nun von einer beginnenden Zahlung der vereinbarten Zinsen für die vom Bund übernommenen stillen Einlagen in Höhe von 16,4 Mrd. Euro abhängig. Ich finde das vernünftig und konsequent. Der Minister kann daher mit unserer Unterstützung rechnen. Es sei nochmals daran erinnert, dass der Steuerzahler mit der Stützung und Beteiligung an dem Institut erhebliche finanzielle Risiken eingegangen ist. Da das Institut derzeit keine schwarzen Zahlen schreibt, entgehen dem Bund für 2009 und 2010 rund 2,9 Mrd. Euro an Zinszahlungen.



Dagegen begrüße ich ausdrücklich die Einführung eines Bonus-Malus-Vergütungssystems und die damit einhergehende Ausrichtung an langfristigen Erfolgszielen.“